



12'000 an Solidaritäts-Kundgebung in Bern

## **Starkes Zeichen für eine offene und solidarische Schweiz**

Heute Samstag demonstrierten rund/über 12'000 Personen für eine offene und solidarische Schweiz auf dem Bundesplatz in Bern. Zur Kundgebung riefen über 50 Organisationen auf. In Reden forderten Kulturschaffende, MigrantInnen und Junge gute und geregelte Beziehungen zu unseren Nachbarn in Europa sowie einer menschenwürdigen und fairen Behandlung von Migrantinnen und Migranten. Durch ihre musikalischen Beiträge unterstützten die Bands Dirty Sound Magnet und Baby Jail die Veranstaltung und ihre Anliegen.

Nach dem knappen Ja zur „Masseneinwanderungs-Initiative“ am 09. Februar droht den über 1,8 Millionen Menschen ohne Schweizer Pass eine massive Verschlechterung ihrer Rechte in der Schweiz. Dabei haben sie bisher wesentlich zu unserem gemeinsamen Wohlstand, unserer Lebensqualität und kulturellen Vielfalt beigetragen. Aufenthaltssicherheit und das Recht, mit der eigenen Familie zusammenleben zu können, muss für alle Menschen gelten. Dieses Menschenrecht gilt es mit grossem Engagement zu verteidigen. Auch die Schweizer Studierenden und Kulturschaffenden sind von der Annahme der Initiative betroffen. Der internationale Austausch ist ein zentrales Element für eine innovative Wissenschaft und lebendige Kultur. Gute und geregelte Beziehungen zu unseren Nachbarn in Europa ist für eine erfolgreiche und fortschrittliche Schweiz daher eine Notwendigkeit.

Die Teilnehmenden setzten mit der Kundgebung ein Zeichen für eine offene und solidarische Schweiz. Sie wollen:

- solidarisch sein mit allen Menschen unabhängig von ihrem Pass.
- sich wehren gegen jeden weiteren Abbau der Rechte von Migrantinnen und Migranten.
- die Wiedereinführung des unwürdigen Saisoniersstatuts verhindern.
- gute und geregelte Beziehungen mit der Europäischen Union, damit auch die ausgewanderten SchweizerInnen in den EU-Staaten nicht diskriminiert werden.
- wirtschaftliche Entwicklung, die Bewahrung einer lebenswerten Umwelt und den Schutz von Löhnen und Arbeitsbedingungen mit innenpolitischen Massnahmen.
- dass nicht Jugendliche, Lernende, Studierende und SchülerInnen, in der Schweiz und Europa, die Konsequenzen der Initiative ausbaden müssen und dass sie weiterhin mobil sein können.
- dass die akademische Gemeinschaft in der Schweiz gemeinsam mit derjenigen in Europa die Zukunft der Europäischen Bildungs- und Forschungslandschaft gestalten.
- die demnächst zur Abstimmung gelangende und noch radikalere Ecopop-Initiative bekämpfen.

Unia Schweiz, 1.3.2014.

Unia Schweiz > Saisonierstatut. Demonstration Bern. Unia. 2014-03-01